
Das Ende der Habsburgermonarchie

Rezension von: Manfred Rauchensteiner,
Der Erste Weltkrieg und das Ende
der Habsburgermonarchie 1914-1918,
Böhlau-Verlag, Wien – Köln – Weimar
2013, 1.222 Seiten, € 45;
ISBN 978-3-205-79259-8.

In einem vor Kurzem im „Journal of Modern History“ erschienenen, umfangreichen Aufsatz stellt John Deak, Historiker an der Notre Dame University in Indiana, fest, dass sich die meisten Überblickswerke zum Ersten Weltkrieg bezüglich der Entwicklung der Habsburgermonarchie in der Vorkriegszeit nicht auf dem aktuellen Stand der spezialisierten Forschung befinden und völlig überkommene Sichtweisen wiedergeben. In diesen Werken wird die These vom unausweichlichen Niedergang der Habsburgermonarchie unkritisch übernommen. Diese These wurde von alliierten Propagandisten (Seton-Watson, Namier, Steed) schon während des Ersten Weltkriegs aufgestellt, nahm in der Folge die Position der herrschenden akademischen Lehrmeinung ein und wurde von den nationalen Geschichtsschreibungen vieler Nachfolgestaaten aufgegriffen.

Eines der klassischen Werke, welches diese Sichtweise beinhaltet, ist Oszkár Jászi „Dissolution of the Habsburg Empire“ (1929). Demzufolge überwogen in der Habsburgermonarchie die zentrifugalen Kräfte, insbesondere die Nationalitätenkonflikte, gegenüber den zentripetalen Kräften. Der Krieg habe nur den unvermeidlichen

Zusammenbruch beschleunigt. Dieser habe die unterdrückten Völker vom antimodernen Staatsgebilde der Monarchie, das durch ökonomische Rückständigkeit und politische Stagnation gekennzeichnet gewesen sei, befreit.

Die von Deak angesprochenen allgemeinen Darstellungen des Ersten Weltkriegs schenken den inneren Entwicklungen der Habsburgermonarchie während der Kriegsjahre keine Aufmerksamkeit, denn ihr Zusammenbruch war ohnehin vorbestimmt. Behandelt wird lediglich der Beitrag der Entscheidungsträger der Monarchie zur Kriegsauslösung. (Deak hält ausdrücklich fest, dass er Christopher Clarks „The Sleepwalkers: How Europe Went to War in 1914“ (2012) von seiner Kritik ausnimmt.)

HistorikerInnen, die sich auf die Entwicklung der Habsburgermonarchie zwischen 1848 und 1918 spezialisieren, sind in den letzten dreißig Jahren zu Ergebnissen gelangt, welche die These des unausweichlichen Niedergangs aus heutiger Sicht als nicht mehr haltbar erscheinen lassen. Sie zeichnen – wie beispielsweise Helmut Rumpler in seinem *opus magnum* „Eine Chance für Mitteleuropa“ (1997) – eher ein Bild vielfältiger und langfristiger Fortschritte, u. a. in Bezug auf die Entwicklung zum Verfassungsstaat, die Ausweitung der politischen Partizipation, die Entfaltung der Zivilgesellschaft, die Wahrnehmung zahlreicher öffentlicher Aufgaben durch den Staat, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung, und verweisen auf langfristige institutionelle Kontinuitäten weit über 1918 hinaus. Diese Studien werden jedoch von den meisten Überblickswerken zum Ersten Weltkrieg schlichtweg ignoriert.

Die Spezialisten für die österreichi-

sche Hälfte der Habsburgermonarchie haben vor allem herausgearbeitet:

1.) Die Entwicklung zum Verfassungsstaat machte zwischen 1848 und 1918 große Fortschritte: Die Habsburgermonarchie gab sich rechtliche und konstitutionelle Normen, welche die Herrschaft des Rechts und Grundrechte gewährleisteten. Die liberale Verfassung von 1867 ist in dieser Hinsicht besonders hervorzuheben.

2.) Die politische Partizipation in Cisleithanien weitete sich aus: Erstens nahm die Bedeutung der öffentlichen und repräsentativen Vertretungsinstitutionen (Stadträte, Landtage, Reichsrat) zu. Zweitens erfolgte zwischen 1860 und 1907, als das allgemeine Männerwahlrecht eingeführt wurde, eine bedeutende Erweiterung des Wahlrechts.

Die politische Entwicklung der Monarchie war, wie im Band VII „Verfassung und Parlamentarismus“ (2000) der von Helmut Rumpler und Peter Urbanitsch herausgegebenen Monumentalwerks „Die Habsburgermonarchie 1848-1918“ herausgearbeitet wird, wesentlich geprägt vom Ringen um eine geschriebene, der föderalistischen Struktur des Gesamtstaates, den nationalen Zielsetzungen und der sozialen Entwicklung angemessene Reichsverfassung sowie die parlamentarische Verfassungswirklichkeit auf Reichs- und Landesebene. Die parlamentarische Arbeit war gekennzeichnet durch Konflikte, aber auch durch Kompromisse und fruchtbare legislative Arbeit. In den Parlamenten fanden wichtige Lernprozesse statt, die auf eine langsame Übernahme der Regeln des westeuropäischen Liberalismus hinausliefen – und dies gegen den inhaltlichen Widerstand einer gesellschaftlichen Elite, welche in Bezug auf

eine demokratische Öffnung des politischen Systems große Vorbehalte hatte.

3.) Eine Zivilgesellschaft entfaltete sich, wie im Band VIII „Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft“ (2006) der „Habsburgermonarchie“ ausführlich dargelegt und analysiert wird.

Der tatsächliche Prozess der Demokratisierung fand zum Teil in den Parlamenten und Landtagen statt, zum Teil aber auch in gesellschaftlichen Bereichen jenseits von Verfassungsdiskussion und Parlamentsarbeit. Die Politisierung der Massen erfolgte in politischen und kulturellen Milieus vor und jenseits der organisierten Politik, im Milieu von Vereinen, Interessenverbänden und lokalen Parteiorganisationen, also des polisierten Teils der Zivilgesellschaft. Die lokale Presse belebte diese Milieus, trieb politische Mobilisierung und Aufklärung voran. Vereine und Redaktionen bildeten Rekrutierungsfelder für die Parlamentselite.

Eine kontrollierende Gegenöffentlichkeit kam allerdings nicht zustande. Aber immerhin bestanden Anfang des 20. Jahrhunderts in Cisleithanien alle Elemente einer demokratischen Entwicklung: Grundrechte, Rechtsstaat, Rechtsraum für politische Opposition, freie Presse, Minderheitenschutz.

Nach 1873 begann der Wechsel von der Parteien- zur Massenpolitik, in den 1890er-Jahren beschleunigte er sich. Die nachliberalen Massenbewegungen der Sozialdemokraten, der Christlichsozialen und der populistischen Ethno-Nationalisten waren Ausdruck und Initiatoren der Verbreiterung der Basis der politischen Öffentlichkeit zugleich. Der Wandel vom Parteien- zum Volksparlamentarismus fand also

schon vor der Einführung des allgemeinen (Männer-)Wahlrechts 1907 statt.

Die Entstehung einer bürgerlichen Öffentlichkeit bedeutete für den Vielvölkerstaat nicht nur eine Modernisierungschance, sondern auch eine Gefahr: Zivilgesellschaftliche Aktivitäten verschärften soziale und politische Konflikte, der Wandel von der konstitutionellen Monarchie zur Massendemokratie (ethno-)nationalistischer Ausprägung stellten den Fortbestand der Habsburgermonarchie in Frage.

4.) Gleichzeitig mit der Entwicklung des Verfassungsstaats und der Ausweitung der politischen Partizipation sowie der Entfaltung der Zivilgesellschaft weitete der Staat seine Wirkungssphäre stark aus und erfolgte eine Intensivierung der Staatstätigkeit in vielen seiner Wirkungsfelder.

Der Staat übernahm in zunehmendem Maße Verantwortung für die wirtschaftliche Entwicklung und die öffentliche Wohlfahrt.

Die Erweiterung des Kreises der Wahlberechtigten verstärkte diesen Trend, denn gewählte Repräsentanten stimmten für die Ausdehnung des Zuständigkeitsbereichs des Staates und die Intensivierung öffentlicher Leistungen zugunsten ihrer jeweiligen Klientel.

Der Staat übernahm viele zusätzliche öffentliche Aufgaben, und in den einzelnen Aufgabenbereichen intensivierten sich die staatlichen Leistungen. Die Budgets der öffentlichen Hände wurden sehr stark ausgeweitet, und die Zahl der öffentlichen Bediensteten stieg.

Die bürokratischen Eliten reagierten auf die wachsende politische Partizipation und die Entstehung moderner Massenparteien also mit Verwaltungsreformen und der Ausweitung und Intensivierung staatlicher Leistungen,

insbesondere durch die Zivilverwaltung, und verstärkten ihre Bemühungen, den Aspirationen der Nationalitäten durch staatliche Ausgabenprogramme entgegenzukommen. Staatliche Leistungen, insbesondere auf regionaler (Kronländer) und lokaler Ebene (Bezirke, Städte, Gemeinden) sollten mithin die Loyalität und die Unterstützung der Öffentlichkeit in der Ära der Nationalitätenpolitik sicherstellen.

Die Entscheidungsprozesse in den repräsentativen Körperschaften waren zwar konfliktbelastet. Aber die politische Partizipation über Wahlen und über ebendiese Entscheidungsprozesse in Stadträten, Landtagen und im Reichsrat einerseits und die erweiterten und intensivierten öffentlichen Leistungen andererseits verliehen Staat und Verwaltung Legitimität.

Wieso die Habsburgermonarchie am Ende des Krieges auseinanderbrach, bleibt in diesen Studien von spezialisierten HistorikerInnen allerdings offen. Deak fasst in seinem Artikel einige rezente Untersuchungen – v. a. Maureen Healys „Vienna and the Fall of the Habsburg Empire“ (2004) – und auch erste eigene Überlegungen zusammen, die sich mit den komplexen Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft während des Kriegs befassen, in erster Linie mit der fundamentalen Änderung der Beziehung zwischen lokaler Verwaltung und lokaler Bevölkerung unter dem Militärregime, die, so die Leitthese, letztlich zum Verlust der Legitimitätsbasis von Staat und Verwaltung führte.

Deak weist darauf hin, dass noch im Juli 1914 die Verwaltungsspitzen aus den Kronländern Klage über Personal-mangel führten und mehr Ressourcen forderten, um den Umfang der staatlich

geförderten Modernisierungsbestrebungen auszuweiten und deren Intensität zu erhöhen. Die Verwaltungseliten standen also keineswegs im Banne von Vorstellungen unausweichlichen Niedergangs oder – nach der Ermordung des Thronfolgers – bevorstehenden Untergangs der Monarchie. Pessimismus dominierte allerdings in Teilen der Militärführung, was auf die Politik während des Krieges schwerwiegende Auswirkungen zeitigen sollte, und in Kreisen des Hochadels.

Die Verwaltungseliten setzten also noch im Sommer 1914 auf Erhöhung der Staatsausgaben zu Modernisierungszwecken, Stärkung der dezentralen Verwaltung und Kooperation mit den politischen Repräsentanten der Nationalitäten auf regionaler und lokaler Ebene.

Die Stärkung der Verwaltung auf lokaler Ebene und erweiterte und intensivierte öffentliche Leistungen (Infrastruktur, öffentliche Wohlfahrt etc.) Ebene sollten die Bevölkerung bzw. deren Vertreter zur politischen Kooperation veranlassen und den Nationalitätenkonflikt eindämmen. Gerade für die lokale Ebene, wo die ethnisch aufgeladenen Spannungen oft weniger ausgeprägt waren, erhoffte man sich die Einbindung und das Engagement der Bürger. Die bürokratische Methode des Regierens durch Kontakte mit Betroffenen und Verhandlungen mit lokalen Volksvertretern und Parteifunktionären, bezogen vorwiegend auf Infrastrukturprojekte, Wirtschaftsförderung etc., sollte vertieft und verfeinert werden.

Doch schon in der ersten Phase des Krieges änderte sich infolge der Ausschaltung repräsentativer Gremien, der Notmaßnahmen und der kriegswirtschaftlichen Zentralisierung die

Ausrichtung der staatlichen Politik grundlegend.

Bereits am 25. Juli 1914 wurde der Reichsrat geschlossen. Danach ergingen statt demokratisch verabschiedeter Gesetze lediglich kaiserliche Verordnungen. Und die Statthalter in Cisleithanien wurden durch eine Verordnung des Gesamtministeriums ermächtigt, Ausnahmeverfügungen zu erlassen. Ministerpräsident Stürgkh erließ mithilfe des Notverordnungsrechts aufgrund Art. 14 des StGG von 1867 ein weiteres, sekundäres Notverordnungsrecht, auf dessen Basis über 500 Verordnungen zur Steuerung der Wirtschaft ergingen. Die Landtage wurden vertagt, die parlamentarische Immunität wurde aufgehoben. Solcherart etablierten die gemeinsamen Ministerien und der Ministerrat für die österreichische Reichshälfte bereits in den letzten Julitagen eine Art Militärregime mit weitreichenden Kompetenzen.

In den Vorkriegsjahren hatte sich die Heeresführung von der sich rasch verändernden Gesellschaft Cisleithaniens mehr und mehr abgekapselt. Dies sollte schwerwiegende Folgen auf die bis Herbst 1916 weitgehend unter dem Diktat des Militärs stehende Politik, deren Ausrichtung und Gestaltung, haben.

Das Kriegsleistungsgesetz stellte alle Männer unter 50 Jahren unter Arbeitszwang, unterwarf die Verpflichteten militärischer Disziplin, ordnete zahlreiche Betriebe der Militärverwaltung unter und beseitigte das Koalitionsrecht der Arbeiterschaft.

Die Aufhebung der Vertretungskörperschaften bedeutete, dass die Verwaltung, die nun für die Heimatfront, die binnenwirtschaftliche und die kriegswirtschaftliche Administration verantwortlich war, für die zunehmend

restriktiven und unpopulären Maßnahmen keine politische Unterstützung durch repräsentative Gremien finden konnte – mit desaströsen Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen Verwaltung und Gesellschaft.

Waren Staat und Verwaltung vor dem Krieg auf die Erweiterung und Intensivierung öffentlicher Leistungen sowie auf die Gewährleistung, Ausdehnung und Kanalisierung politischer Partizipation ausgerichtet gewesen, standen nun die Versorgung des Heeres, die Rationierung, Kontrolle und Zensur im Zentrum des Verwaltungshandelns. Und das Gesicht der Justiz verzerrte sich zur Fratze einer rächenden Furie. Die Habsburgermonarchie war im Krieg einer der repressivsten Staaten in Europa.

Lokale Beamte, die für die Erhaltung von Loyalität und Zustimmung der Bevölkerung Schlüsselrollen innegehabt hatten, waren nun zuständig für die Durchführung von Maßnahmen, die sie von der Bevölkerung mehr und mehr entfremdeten: Requisitionen, Verteilung immer geringerer Nahrungsmittel- und Brennstoffrationen, Organisation der lokalen Produktion für Kriegsbedarfe. Mit anderen Worten: Das Militärregime stellte die unter Kontrolle des Militärs arbeitende Verwaltung gegen die Bevölkerung.

Fassen wir die These von John Deak zusammen: Infolge der Ausschaltung der repräsentativen Gremien und der rigorosen Unterwerfung der Staatstätigkeit unter die militärischen Erfordernisse verloren Staat und Verwaltung in Cisleithanien ihre Legitimität und ihre Stabilität. Vor 1914 war die Habsburgermonarchie weder der „kranke Mann“ Europas noch sein Völkerkerker; erst die Teilnahme am Weltkrieg und der damit einhergehende Rich-

tungswechsel der Politik zerstörten sie.

Das vorliegende *opus magnum* von Manfred Rauchensteiner, Professor für Österreichische Geschichte an der Universität Wien und bis 2005 Direktor des Heeresgeschichtlichen Museums in Wien, ist eine völlig überarbeitete und wesentlich erweiterte Fassung des 1993 erschienenen Bandes „Der Tod des Doppeladlers“.

Im Frühjahr 1916 schien die Kriegslage der Monarchie günstig zu sein. Doch es zeichnete sich keine Möglichkeit ab, eine militärische Entscheidung herbeizuführen oder einen Waffenstillstand bzw. Frieden abzuschließen. Und Teuerung sowie Unterversorgung der Zivilbevölkerung nahmen immer bedrohlichere Ausmaße an. Die ersten Hungerkrawalle, die sich im Mai 1916 in Wien ereigneten, stellten also ein Alarmsignal dar. Die Zeitgenossen interpretierten diese Ereignisse als Aufkündigung des Burgfriedens und Beginn der Radikalisierung des Hinterlandes.

Mit der Schaffung der „Gemeinsamen Obersten Kriegsleitung“ im Herbst 1916 unterwarf sich Österreich-Ungarn im militärischen und rüstungspolitischen Bereich dem Deutschen Reich. Die allokativen Schwerpunktsetzungen des sog. „Hindenburg-Programms“ in der Rüstungswirtschaft bedeuteten, dass sich die Nahrungsmittelversorgung der Zivilbevölkerung weiter verschlechterte.

Nach der Ermordung Stürgkhs im Oktober wurde mit dem Liberalen Koberer ein Ziviler zum Ministerpräsident ernannt. Die Entmachtung des AOK in Teschen und der Wechsel an der Spitze der Regierung signalisierten das Ende der ansatzweisen Militärdiktatur. Schon vor dem Thronwechsel erhielt

die Politik also die Kontrolle über das Militär zurück.

Rauchensteiner setzt den Beginn der rasanten gesellschaftlichen Polarisierung Cisleithaniens mit Herbst 1916 an: Bis zum Thronwechsel im November 1916 habe es bis zu einem gewissen Grad die Einheit des Reichs und insbesondere jene von Herrscher und Untertanen gegeben, danach zerfiel die Einheitlichkeit und fielen Staat und Gesellschaft auseinander. Totalisierung des Kriegs, politische Radikalisierung und gesellschaftliche Polarisierung verstärkten sich von da an wechselseitig und entfalteten in zunehmendem Maße ihre desintegrative Wirkung.

Die Ernährungslage in Cisleithanien wurde bereits im Herbst und Winter 1916 kritisch: In Galizien fiel kriegsbedingt die Ernte ein weiteres Jahr aus, und die Importe aus dem nunmehrigen Feindesland Rumänien blieben aus. Der Getreideertrag in Cisleithanien lag 1916 unter der Hälfte jenes von 1913. Die Unterversorgung griff selbst auf die Armee über: Diese hatte jeweils nur noch Vorräte für ein bis zwei Tage! Das Militär erhielt die Befugnis, überall zu requirieren. „Der Hunger war der Nährboden für nationalistische und separatistische Strömungen“ (S. 685).

Am 30.5.1917 trat der Reichsrat erstmals nach der Sistierung im März 1914 wieder zusammen. Weder die Vertreter der Tschechen noch jene der Südslawen forderten bei diesem Anlass die Auflösung des Reichs, doch die Ansprüche, die von den verschiedenen Nationalitäten gestellt wurden, waren insgesamt „mit dem Erhalt des Reichs völlig unvereinbar“ (S. 738).

Der Abbau der Militärdiktatur, die Demokratisierung und die Parlamentarisierung trugen allerdings keineswegs

dazu bei, das Engagement der Bevölkerung für den Staat zu verstärken, sondern hatten „allenthalben eine weitere Radikalisierung und Polarisierung zur Folge“ (S. 765).

Das Ende der ansatzweisen Militärdiktatur des AOK bedeutete ja nicht, dass die Militarisierung der Gesellschaft zurückgenommen wurde – im Gegenteil: Die allgemeine Militarisierung der Industrieunternehmen im Juli 1917 wurde als schwerwiegender Eingriff empfunden.

Die ausgedehnten Streiks in Wien, Prag, Pilsen, Mährisch-Ostrau und vielen anderen Industriestädten im Frühjahr und im Sommer 1917 waren oft nicht mehr nur eine Reaktion auf die sich zuspitzende Versorgungslage und die miserablen Arbeitsbedingungen sowie die fortschreitende Militarisierung der Arbeitswelt, sondern auch Ausdruck politischer Radikalisierung. Die Russische Märzrevolution und der Prozess gegen Friedrich Adler machten sich bemerkbar. Die ArbeiterInnen ließen sich oft nicht mehr durch die Gewerkschaften führen, und das Einvernehmen zwischen Kriegsministerium und Gewerkschaften ging schrittweise verloren – trotz sozialpartnerschaftlicher Ansätze (paritätisch besetzte Beschwerdekommisionen in Rüstungsbetrieben ab März 1917). Polarisierung und Radikalisierung schritten 1917 „fast unhaltbar voran“ (S. 751).

Die Zwölfte Isonzoschlacht im Oktober 1917, die den Durchbruch zwischen Flitsch und Tolmein brachte und den Vorstoß bis an die Piave ermöglichte, war bereits eine Offensive auf Kosten der Verpflegungssituation der großen Städte und auch der auf Zuschub angewiesenen ländlichen Gebiete Cisleithaniens. Das knappe rollende Material, das an der Südwestfront verwen-

det wurde, fehlte zur Versorgung Wiens etc. Je mehr die österreichischen und deutschen Truppen siegten, desto kritischer wurde die Lage für die Stadtbevölkerungen.¹

Im Jänner 1918 musste die Pro-Kopf-Quote an Mehl pro Tag von 200g auf 165g (!) herabgesetzt werden – eine Folge der Eisenbahnmisere und der zunehmenden Kluft zwischen Österreich und Ungarn, das nach dem Rücktritt von Ministerpräsident Tisza im August 1917 seine Getreideexporte nach Österreich reduzierte, trotz aller Beschwörungen aus Wien. In Kroatien war Brot nicht einmal rationiert!

Entsprechend miserabel war die Stimmung in der Zivilbevölkerung Cisleithaniens Anfang 1918. Für die militärischen Erfolge und die großen politischen Fragen um die Zukunft der Monarchie hatte kaum jemand Interesse, alles drehte sich um die Lebensmittel- und Brennstoffversorgung und um den ersehnten Frieden, von dem man ein Ende des Hungerns und Frierens erhoffte.

In den ersten Monaten des Jahres 1918 begann, so Rauchensteiner, der Zusammenbruch der Monarchie parallel zu ihren größten militärischen und politischen Erfolgen. Auslöser für die Massenstreiks im Jänner waren Versorgungsengpässe und die Kürzungen der Lebensmittelrationen, doch immer öfter wurden politische Parolen, v. a. bolschewistische, skandiert. Die Friedensschlüsse mit Rumänien und Russland im März ließen zwar die Ostfront wegfallen, brachten aber weder Frieden noch das erhoffte Brot. Die im Osten nicht mehr benötigten Truppen wurden teils nach Italien verlegt, überwiegend aber ins Landesinnere, an die innere Front, zum Assistenzeneinsatz gegen Streikende und Meuterer sowie

zur Requisition. Für die von Beschlagnahmen Betroffenen, „die ja nicht die Not der anderen, sondern nur das sahen, was ihnen selbst widerfuhr“ (S. 925), wurden die durchführenden Verwaltungsbeamten und Soldaten, also der eigene Staat, zum Feind. „Auf dem Land bereitete sich die stille Revolution vor“ (ebd.). Die Serie der Streiks und Meutereien riss nicht mehr ab, eine Assistenzanforderung jagte die andere. Dabei schossen Soldaten der einen Nationalität auf Soldaten einer anderen.

Schon Anfang Jänner 1918 hatten die tschechischen Reichsrats- und Landtagsabgeordneten in Prag in der „Dreikönigsdeklaration“ das nationale Selbstbestimmungsrecht eingefordert. Bei dem im April in Rom abgehaltenen Kongress der Exilvertretungen der Polen, Tschechen, Rumänen, Südslawen und Italiener proklamierten diese ihr Recht auf völlige politische Unabhängigkeit. Auf die sog. Sixtus-Affäre und die daraus resultierende Militärkonvention, mit der sich die Monarchie im Mai 1918 in volle Abhängigkeit gegenüber dem Deutschen Reich begab, reagierten die Alliierten mit der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Tschechen und Südslawen. „Das Todesurteil über die Monarchie war gefällt“ (S. 941).

Die Sixtus-Affäre bewirkte einen Dambruch. In der Folge erwies sich auch die Militarisierung des Hinterlandes, der Einsatz von 1,5 Mio. Soldaten (von insgesamt 4,5 Mio.) im Inneren, als weitgehend wirkungslos. Die k. und k. Wehrmacht war angesichts der eigenen Probleme und der Auflösungserrscheinungen nur noch „der berühmte Koloss auf tönernen Füßen“ (S. 942).

Im Juni 1918 traten k. und k. Truppen an der Piave zu ihrer letzten großen Of-

fensive an, die freilich von vornherein zum Scheitern verurteilt war. Dieser Großangriff ging noch stärker auf Kosten des Hinterlandes als die Offensive an der oberen Soča im Herbst 1917: Die Versorgung der Städte kollabierte in jenen Tagen: „Ab dem 17. Juni war für Wien kein Mehl mehr vorhanden“ (S. 960).

Im Sommer 1918 stieg die Zahl der Armeedeserteure sprunghaft auf mehrere Hunderttausend an. Die Truppen waren nicht mehr einsetzbar, und das Hinterland befand sich in Auflösung. Die Monarchie war militärisch, wirtschaftlich und politisch am Ende. Der Staat war nicht mehr in der Lage, seine Stadtbevölkerung und seine Truppen hinreichend zu ernähren. Die Friedensdemarche vom 14. September entsprang dieser Lage, blieb aber von Seiten der Alliierten unbeantwortet. Die Ententemächte wollten den Krieg mit Österreich-Ungarn erst dann beenden, wenn es diesen Staat nicht mehr gab.

Im Vordergrund der Darstellung stehen – wie schon im „Der Tod des Doppeladlers“ – die außen- und innenpolitischen sowie die militärgeschichtlichen Aspekte,² auch der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte wird einiger Raum zugestanden. Themen wie Kriegspropaganda, Massenmedien, Verarbeiten des Geschehens in der zeitgenössischen Kunst etc. kommen hingegen nicht oder kaum vor. Eine weitere Einschränkung betrifft die Behandlung der beiden Reichsteile. Bei der Darstellung und Analyse der innenpolitischen Entwicklungen liegt der Schwerpunkt eindeutig auf der österreichischen Reichshälfte, während Ungarn nur am Rande behandelt wird.

Rauchensteiners große Stärke ist die Darstellung der Wechselwirkungen

zwischen innenpolitischen, Versorgungswirtschaftlichen, militärischen und außenpolitischen Entwicklungen. Er betont die Bedeutung dieser Wechselwirkungen für den inneren Zusammenbruch der Monarchie. Seine Interpretationen scheinen nicht unvereinbar mit den oben skizzierten Überlegungen Deaks über die Ursachen des Bruchs zwischen Staat und Gesellschaft. Wohl unbestritten ist, dass es hier noch viel zu erforschen gibt und dass es hierzu der internationalen Zusammenarbeit von Sozial-, Politik- und MilitärgeschichtlerInnen bedarf.

Martin Mailberg

Literatur

- Clark, Christopher, *Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog* (München 2013).
- Deak, John, *The Great War and the Forgotten Realm: The Habsburg Monarchy and the First World War*, in: *The Journal of Modern History* 86 (Juni 2014) 336-380.
- Healy, Maureen, *Vienna and the Fall of the Habsburg Empire: Total War and Everyday Life in World War I* (Cambridge 2004).
- Jászi, Oszkár, *The Dissolution of the Habsburg Monarchy* (Chicago 1929).
- Ortner, M. Christian, *Die Entwicklung des österreichisch-ungarischen Kampfvorgangs im Ersten Weltkrieg*, in: Dornik, Wolfgang; et al. (Hrsg.), *Frontwechsel. Österreich-Ungarns „Großer Krieg“ im Vergleich* (Wien-Köln-Weimar 2014) 421-450.
- Pfoser, Alfred; Weigl, Andreas (Hrsg.), *Im Epizentrum des Zusammenbruchs. Wien im Ersten Weltkrieg* (Wien 2014).
- Rauchensteiner, Manfred, *Der Tod des Doppeladlers. Österreich-Ungarn und der Erste Weltkrieg* (Graz 1993).
- Rumpler, Helmut, *Österreichische Geschichte 1804-1914. Eine Chance für Mitteleuropa. Bürgerliche Emanzipation*

und Staatsverfall in der Habsburgermonarchie (Wien 1997).

Rumpler, Helmut; Urbanitsch, Peter (Hrsg. im Auftrag der Kommission für die Geschichte der Habsburgermonarchie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften), Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Band VII, Verfassung und Parlamentarismus (2 Bde., Wien 2000).

Rumpler, Helmut; Urbanitsch, Peter (Hrsg. im Auftrag der Kommission für die Geschichte der Habsburgermonarchie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften), Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Band VIII, Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft (2 Bde., Wien 2006).

Anmerkungen

¹ Zur sozialen und Versorgungslage in Wien während des Kriegs siehe Pfoser, Weigl (Hrsg., 2014).

² Ein großes und – angesichts der einschlägigen Spezialisierung des Autors – überraschendes Manko des Bandes ist das Fehlen eines Übersichtsartikels zu den Kampfverfahren der österreichisch-ungarischen Truppen, wie ihn Christian Ortner für den Sammelband „Frontwechsel“ verfasst hat. Für den militärgeschichtlich nicht Vorgebildeten bleibt infolgedessen nach der Lektüre weitgehend unklar, warum die österreichisch-ungarischen Heeresverbände einmal unter furchtbaren Verlusten scheiterten und ein anderes Mal erfolgreich waren. Vollkommen unerklärlich und unverständlich ist das Fehlen von brauchbaren Karten zu den wichtigen Operationen an den Kriegsschauplätzen.